LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4 I

L A N D E S R A T
des
SAARGEBIETES.

III. Wahlperiode / 1. Sitzung.
2. Sitzungsperiode 1928(1).

Stenographischer Bericht

über die am Donnerstag, den 3. Mai 1928 im neuen Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Saarbrücken stattgefundene Sitzung des Landesrates.

Stellv. Vorsitzender Scheuer(Z): Meine Herren! Ich eröffne die Sitzung (9 Uhr 35 Minuten vorm).

Entschuldigt fehlt das Mitglied:

Kommerzienrat Dr. h.c. Hermann Röchling (DSV).

Die Regierungskommission ist vertreten durch:

Oberregierungsrat Dr. Heim, als Staatskommissar.

Die

T a g e s o r d n u n g

liegt Ihnen vor, . Sie umfaßt folgende Punkte:

I. Wahl der Beisitzer des Vorstandes;

II. Bildung der Kommissionen;

III. Wahl von zwei Vertretern gemäß Art. 24 der Verordnung betr. Abänderung der Bestimmungen über das Wohnungswesen vom 27. Juli 1926 in der Fassung der Verordnung vom 16. Dezember 1927;

IV. Begutachtung der Verordnungs-Entwürfe der Regierungskommission betr.:

1) die Aufwertung von Hypotheken, Grundschulden, Rentenschulden, Reallasten, Schiffs=und Bahnpfandrechten;

2) die Abänderung der Verordnung über die Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen(einschl. des Wanderlagerbetriebes) vom 7. Dezember 1923;

3)

3) die Abänderung der Verordnung über die Schonzeiten des Wildes;

4) Herabsetzung indirekter Steuern.

Ich erteile Herrn Staatskommissar Dr. Heim das Wort, der eine Erklärung abzugeben wünscht.

Staatskommissar Dr. Heim: Meine Herren! Die Regierungskommission hat mich anläßlich der Einberufung des neugewählten Landesrates beauftragt, Ihnen folgende

Erklärung

abzugeben:

" Der Landesrat wird ersucht, eines seiner Mitglieder für das Amt als Vorsitzenden zu präsentieren."

Vorsitzender: Wird hierzu das Wort gewünscht? Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Sender!

Abg. Dr. Sender (SP): Im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion des Landesrates habe ich folgende

Erklärung

abzugeben:

" Wir sind nicht gewillt aus den Händen der Regierungskommission den Präsidenten des Landesrates entgegen zu nehmen. Wir pochen nach wie vor mit aller Energie darauf, daß der Landesrat sein Selbstverwaltungsrecht nicht verkümmern läßt.

Aus

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

Aus diesem Grunde würden wir niemals an einer Wahl teilnehmen,wenn das Präsidium sich so zusammensetzt, daß lediglich die beiden Beisitzer gewählt würden. Wir verlangen,daß das Präsidium einschließlich des Vorsitzenden vom gesamten Landesrat präsentiert wird."

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Levacher!

Abg. Levacher (Z): Meine Herren! Unsere Fraktion steht auf demselben Standpunkt,denn wir haben von Anfang an diese Forderung erhoben. Es ist nicht zu verkennen, daß die Regierungskommission in dieser Richtung einen Schritt vorwärts gemacht hat,bedauern aber, daß dieser Schritt nicht vergrößert worden ist.
Wir stehen auf demselben Standpunkt, wie er von Herrn Dr. Sender dargelegt wurde und werden das Präsidium selbst wählen.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

Abg. Schmelzer (DSV): Meine Herren! Der Landesrat muß das Recht bekommen,das Präsidium selbst zu wählen und die Regierungskommission muß dem Wunsche des Landesrates Rechnung tragen. Wir sehen ein, daß wir einen kleinen Schritt vorwärts gekommen sind und hätten gewünscht, daß dieser noch großmütiger ausgefallen wäre.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Daub!

Abg. Daub (KP): Meine Herren! Wir sind nicht bereit an der Wahl teilzunehmen, wenn nicht das Präsidium in seiner Gesamtheit vom Landesrat gewählt wird.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Backes!

Abg. Backes(Chr.Soz.P): Ich schließe mich diesen Erklärungen an.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmoll!

Abg. Schmoll (DWP): Meine Herren! Für die Wirtschaftspartei ist die Frage selbstverständlich und ich schließe mich den Erklärungen an.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abg. Reichard!

Abg. Reichard(DNVP): Meine Herren! Die Deutschnationale Volkspartei ist auch dafür, daß das Präsidium von der Gesamtheit des Landesrates gewählt wird.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr.Sender!

Abg. Dr. Sender (SP): Ich stelle den Antrag, daß der Landesrat nunmehr zur Wahl des Gesamtpräsidiums schreitet.

Vorsitzender

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Levacher!

Abg. Levacher (Z): Ich schlage als Vorsitzenden Herrn Abgeordneten Scheuer vor!

Abg. Schmelzer(DSV): Wir schließen uns dem Vorschlag an!

Vorsitzender: Dann darf ich bitten; wer für den Vorschlag ist, möge die Hand erheben.
Ich stelle fest, daß alle Mitglieder mit Ausnahme der Kommunisten,die sich der Stimme enthalten, für den Vorschlag sind.

Wir kommen nun zur

Wahl der Beisitzer!

Ich bitte um Vorschläge!

Abg. Hoffmann(SPD): Ich schlage von unserer Fraktion Herrn Abgeordneten Schneider vor!

Abg. Weiß(KPD): Ich schlage von unserer Fraktion Herrn Abgeordneten Daub vor!

Vorsitzender: Ich darf Sie bitten, da die Wahl schriftlich zu erfolgen hat,zwei Herren von den nächststärksten Parteien zu ernennen, die das Ergebnis nachprüfen.

(Es werden die Abgeordneten Lieser(SP)und Heckler (KP) bestellt,die am Vorstandstisch Platz nehmen.)

Die Stimmzettel sind verteilt und werden eingesammelt.

Das Ergebnis ist folgendes:

Es sind abgegeben für Schneider 22 Stimmen,für Daub 11 Stimmen. 3 Stimmzettel sind unbeschrieben.

Damit sind die beiden Herren gewählt.

Die

Bildung der Kommissionen

und die Überweisung der Verordnungsentwürfe an die Kommissionen erfolgt nach den von den Parteien gemachten Vorschlägen.

Wir

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4 I

Wir kommen nun zur

Abgabe der Erklärungen.

Das Wort hierzu hat Herr Abgeordneter Levacher !

Abg. Levacher (Z): Meine Herren! Die Landesratsfraktion der Zentrumspartei dankt zunächst ihren Wählerinnen und Wählern für das durch die Wahl bewiesene große Vertrauen. Es wird ihr edelstes Bestreben sein, dieses Vertrauen nach jeder Richtung hin zu rechtfertigen.

Acht Jahre sind verflossen seitdem das Saargebiet unter die Hoheit des Völkerbundes und die Verwaltung der Regierungskommission gekommen ist. In dieser Zeit ist der klare und unumstößliche Beweis erbracht worden, daß das Saargebiet, sofern es noch lebensfähig bleiben soll, möglichst bald zum angestammten Vaterland zurückkehren muß. In Wirklichkeit marschiert das Saargebiet ja schon seit Jahren auf den Krücken des Reiches. Die möglichst baldige Rückkehr liegt auch im Interesse des Friedens und der notwendigen Verständigung zwischen den beiden Nachbarländern Deutschland und Frankreich.

Die Zentrumsfraktion sieht es als ihre vornehmste Aufgabe an, alles zu tun, um die unversehrte Rückkehr des Saargebietes zum Deutschen Reiche zu beschleunigen und hofft zuversichtlich, daß dies noch vor Ablauf der neu begonnenen Legislaturperiode des Landesrates geschieht.

Solange aber das Saargebiet noch unter der Verwaltung der Regierungskommission steht, müssen endlich die Differenzen schwinden, die zwischen der Bevölkerung und der Regierungskommission bestehen. Dies wird möglich sein, wenn unsere Forderungen, die wir zum größten Teile schon öfters vortrugen und begründeten, erfüllt werden. Sie lauten im wesentlichen:

1. Aufhebung aller Ausnahmegesetze politischer und sonstiger Art;

2. Aufhebung sämtlicher Gesetze und Verordnungen, die mit Rücksicht auf französische und nicht rein saarländische Wirtschaftsinteressen entstanden sind;

3. Beschränkung der französischen Schulen auf Kinder französischer Nationalität;

4. Beseitigung der ausländischen Beamten aus leitenden Stellungen der Regierungskommission;

5.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4

5. Ausgestaltung der zu erlassenden Gesetze und Verordnungen nach den Gutachten des Landesrates;

6. Erweiterung der kümmerlichen Rechte des Landesrates;

7. Maßnahmen zum Schutze der Jugend vor den schlimmen Gefahren durch Schmutz und Schund;

8. Unantastbarkeit der Rechte von Elternhaus, Kirche und Schule;

9. Unantastbarkeit des konfessionellen Charakters der Volksschule und ausreichende Sicherung des lebenskundlichen Unterrichtes in den Berufsschulen;

10. Unantastbarkeit der Selbstbestätigung kommunaler Selbstverwaltungskörper;

11. Völlige Revision und sozialere Ausgestaltung der saarländischen Steuergesetze und baldige Vorlage der notwendigen Entwürfe an den Landesrat;

12. Übernahme der steuerfreien Beträge und der steuerfreien Abzüge des deutschen Lohnsteuergesetzes;

13. Befreiung der Knappschaftspension von der Steuerpflicht;

14. Gerechtere Besteuerung des französischen Staate als Grubenbesitzer unter Mitwirkung des Landesrates;

15. Scharfe Kontrolle und Erfassung sämtlicher Zolleinnahmen bei den für das Saargebiet bestimmten Waren für die Landeskasse des Saargebietes;

16. Eine weitschauende und soziale Wohnungspolitik, die auf organischem Wege aus der Wohnungszwangswirtschaft herausfährt, wozu die von der Zentrumsfraktion mehrfach vorgelegten Gutachten eine sehr gute Grundlage bilden;

17. Bereitstellung von ausreichenden Mitteln zur Förderung des Wohnungsbaues und zur Ermäßigung des Zinssatzes;

18. Baldige Vorlage der fälligen Verordnungsentwürfe für alle Zweige der Sozialversicherung gemäß den Bestimmungen der Heidelberger Abrede, Anpassung der Leistungen an die der entsprechenden Versicherungszweige des Reiches

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Reiches, Ausbau des Knappschaftsgesetzes dergestalt, daß eine Sanierung des Saar-Knappschaftsvereins und eine Erhöhung seiner Leistungen ermöglicht werden;

19. Baldige Vorlage eines Entwurfes betr. Arbeitslosenversicherung, Ausbau und Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge, rechtzeitige Zustellung der Mittel aus der Landeskasse an die Gemeinden zur Unterstützung der Erwerbslosen, baldigste Überweisung der Zuschüsse an die Gemeinden gemäß der Bekanntmachung der Regierungskommission durch Herrn Staatskommissar Dr. Heim in der Landesratssitzung am 3.März ds.Js.;

20. Höhere Entlohnung der entlassenen Bergleute und sonstigen Arbeiter, die bei Wegebauten, auf der Bahn usw. beschäftigt werden;

21. Einführung aller hier fehlenden deutschen arbeitsrechtlichen Gesetze;

22. Völlige Anpassung der Bestimmungen zur Versorgung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen an die Reichsbestimmungen;

23. Erholungsurlaub für die jugendlichen Arbeiter im Bergbau der Schwer=, Hütten=und sonstigen Industrie;

24. Maßnahmen zur Erleichterung der schwierigen Lage, unter der Handwerk, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft leiden, Zurverfügungstellung ausreichenden billigen Kredites zur Milderung der aus den zollpolitischen Verhältnissen sich ergebenden Folgen;

25. Energische Schritte zur Besserung der unzureichenden Lohn-und Gehaltsverhältnisse der Arbeiter-und Angestelltenschaft;

26. Sofortige Regelung der Beamtenfragen gemäß den Vorschlägen der zuständigen Organisationen.

Die wirtschaftliche Lage im Saargebiet ist sehr ernst. Innerhalb 15 Monaten wurde die Belegschaft der Saargruben um fast 15 000 Arbeiter verringert. Die Folgen treffen das ganze Saargebiet. Die Bergleute und Hüttenarbeiter stehen zur Zeit in einer Lohnbewegung. In der Hüttenindustrie sind die Lohnverhandlungen gescheitert. Die Bergleute befinden sich in großer Erregung wegen der fortgesetzten Entlassungsmaßnahmen und der schlechten

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Behandlung, die ihnen durch die Organe der Grubenverwaltung zuteil wird. So drohen dem Wirtschaftsleben des Saargebietes sehr ernste Erschütterungen. Um ihnen vorzubeugen, ersucht die Fraktion die Regierungskommission aufs dringendste, alles zum Schutze der Bergarbeiter und der übrigen Arbeiter zu tun und entschieden für eine höhere Bemessung des Lohnes einzutreten; vor allem muß sie in den staatlichen Betrieben mit gutem Beispiel vorangehen. Es ist die höchste Zeit, daß die Verarmung unserer Arbeitnehmerschaft gründlich behoben wird, was ja auch im Interesse des ganzen Mittelstandes liegt, dessen Schwierigkeiten nicht zuletzt in der unzureichenden Entlohnung der Arbeitnehmerschaft ihre Ursache haben.

Die augenblickliche

<u>trostlose Lage der saarländischen Landwirtschaft,</u>

besonders der Betriebe, die nicht noch Nebeneinnahmen haben, dürfte allgemein bekannt sein. Die Verschuldung nimmt wegen der ungesunden, allzuhohen für die Landwirtschaft nicht tragbaren Zinspolitik von Tag zu Tag immer mehr zu. Durch ungenügenden Schutz der heimischen Erzeugnisse gegenüber der weitaus billiger produzierten Auslandsware verschlechtert sich der Absatz laufend.

Pflicht der Regierung muß es sein, helfend einzugreifen.

Die bereits ausgegebenen kurzfristigen Notstandskredite sind in langfristige umzuwandeln, und weitere Mittel für billige, langfristige Kredite, sowie Zinszuschüsse sind bereit zu stellen. Durch entsprechende Gesetze und Verordnungen, sowie deren strikter Durchführung sind die Erzeugnisse der Saarlandwirtschaft zu schützen.

Die Fraktion betont zum Schlusse erneut, daß sie es als eine hohe Pflicht betrachtet, immerzu im Dienste der Volkswohlfahrt tätig zu sein. Sie erwartet auch von der Regierungskommission, die nunmehr eine etwas andere Zusammensetzung zeigt, daß sie ebenfalls ihre höchste Aufgabe in der strikten Beachtung der Pflichten sieht, die sie zur Wahrung und Förderung des Volkswohles zu erfüllen hat. Die Regierungskommission ist eingesetzt worden, um zu treuen Händen einen deutschen Volks-und Gebietsteil gut und gerecht zu verwalten. Sie muß daher endlich davon abkommen, die Interessen eines fremden Landes zu schützen und zu fördern.

Um nochmals allen falschen Auslegungen zu begegnen, die vornehmlich in einer gewissen Presse Frankreichs immer wieder zu finden sind, betonen wir zum wiederholten Male:

<u>Wir</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Wir fühlen uns gemäß unserer Denkart, Herkunft und Schicksalsverbundenheit als deutsche Staatsbürger, die noch nie einen anderen Wunsch kannten, als ewig ungetrennt mit dem deutschen Volke und dem Deutschen Reiche verbunden zu bleiben. Darum werden wir weiter mit aller Entschiedenheit dafür kämpfen, daß das Saargebiet bis zum letzten Quadratzentimeter und zum letzten Pfund Kohlenvorkommen möglichst bald zum Deutschen Reiche zurückkehrt. Dieses Handeln gebietet uns die höchste Bürgerpflicht.

Deutsch sind wir und deutsch bleiben wir allen Widersachern zum Trotz!

(Bravo - Rufe !)

LT Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Weiß!

Abg. Weiß (KP): Meine Herren! Die Kommunistische Fraktion des Landesrates lehnt es zunächst ab, eine programmatische Erklärung heute hier abzugeben und zwar auf Grund der interfraktionellen Besprechung, die kurz vor der Sitzung stattgefunden hat.

Durch Not, Elend und Entbehrungen, durch Feierschichten im Bergbau und Lohnabbau haben im vergangenen Jahre 50 000 Bergarbeiter in Saarbrücken demonstriert. Anstatt, daß die wirklich Schuldigen, nämlich die Grubenverwaltung auf die Anklagebank gekommen wäre, wurden anläßlich dieser Demonstration unsere Genossen Reinhard und Hey angeklagt. Beide sind am 25. März 1928 im Saargebiet als Abgeordnete zum Landesrat gewählt worden. Die Regierungskommission pfeift auf eine sogenannte Immunität für die Abgeordneten des Saargebietes.

Wie Sie wissen, ist seit einigen Tagen unser Genosse Reinhard verhaftet. Heute morgen haben sie nun erneut unseren Genossen Hey aus Dudweiler aus unserer Fraktionssitzung ebenfalls verhaftet, obwohl man unserem Genossen Heckler noch gestern zu verstehen gegeben hat, daß Reinhard freigegeben und Hey nicht verhaftet würde.

(Zuruf: Pfui !)

Wir stellen jedenfalls fest, daß die Regierungskommission des Saargebietes gar nicht daran denkt, den Abgeordneten die Immunität zu gewähren, obwohl wir hier von der Völkerbundsregierung regiert werden, die nach außen hin glänzen will, daß wir im Saargebiet noch weniger Rechte als drüben im Reiche, ja selbst in Frankreich haben.

Wir lehnen es deshalb ab, im Landesrat zu tagen, bevor man nicht dazu übergeht

1. die verhafteten Genossen sofort frei zu lassen,

2. verlangen wir, daß die anläßlich der Bergarbeiter-Demonstration Verurteilten amnestiert und die wirklich Schuldigen, die Grubenverwaltung zur Rechenschaft gezogen wird.

Wir ersuchen daher den Landesrat, die Beratung solange auszusetzen, bis die verhafteten Genossen auf freiem Fuße sind.

(Bravo bei den Kommunisten!)

Vorsitzender:

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4 I

Vorsitzender: Meine Herren! Die Fraktionsführer haben sich bereits am vergangenen Montag mit der Angelegenheit befaßt und mich ersucht, durch den Herrn Staatskommissar die Regierungskommission auf die Angelegenheit audmerksam zu machen. Das habe ich getan und darauf den Bescheid bekommen: "Die Regierungskommission kann der Frage der Haftentlassung des Landesratsmitgliedes Reinhard nicht eher nähertreten, als bis ihr ein schriftlicher Antrag des Landesrates zugegangen ist." Aus diesem Grunde haben wir uns in der Vorbesprechung dahin geeinigt, einen Vorstand zu bilden und der Landesrat als solcher zusammentreten muß, um überhaupt in der Lage zu sein, den Antrag zu stellen. Weitere Gegenstände sollen heute nicht beraten werden, sondern es soll bei der Besprechung dieser Angelegenheit, der Haftentlassung, sein Bewenden haben, und der Vorstand wurde ersucht und beauftragt, den Beschluß des Landesrates der Regierungskommission zur Kenntnis zu bringen.

(Zuruf des Abg. Dr. Sender: Hat die kommunistische Fraktion einen diesbezüglichen Antrag bereits an das Plenum gelangen lassen?)

Vorsitzender: Bis jetzt noch nicht.

(Zuruf Dr.Sender: Dann möchte ich die kommunistische Fraktion doch bitten, das Versäumte nachzuholen. Es wird sich keine Partei dem Antrage verschließen.)

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kiefer!

Abg. Kiefer (Z): Die Frage ist vorher ganz genau vorbesprochen worden. Wir sind uns in der Vorbesprechung folgendermaßen übereingekommen. Sobald der Antrag der kommunistischen Partei vorliegt, erklärt der Landesrat diesen Antrag zu dem seinigen und beauftragt das Präsidium des Landesrates, das heute morgen gewählt worden ist, bei der Regierungskommission bezw. bei dem Präsidenten der Regierungskommission nachher vorstellig zu werden und ihm den einstimmig gutgeheißenen Antrag des Landesrates zu unterbreiten, die inhaftierten Abgeordneten aus der Haft zu entlassen. In der Vorbesprechung sind wir uns dahin einig geworden, die Beratung von Gegenständen, die die Regierungskommission uns heute vorgelegt hat, zu unterlassen, bis die Antwort der Regierungskommission vorliegt.

Vorsitzender:

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Heckler!

Abg. Heckler (KP): Meine Herren! Den Abgeordneten aus dem alten Landesrat wird erinnerlich sein, daß der Herr Staatskommissar Dr. Heim seinerzeit eine Erklärung abgegeben hat bezüglich der Frage der Immunität der Abgeordneten. Die Regierungskommission hat damals erklärt, daß wohl die Immunität für die Abgeordneten nicht offiziell eingeführt worden sei, daß aber an der bisherigen Handhabung keine Änderung vorgenommen werden soll, daß die verhafteten Abgeordneten zu jeder Sitzungsperiode freigelassen werden. Aus dem Grunde stellen wir offiziell den Antrag, daß die gewählte Abordnung sofort zur Regierungskommission geht und dafür sorgt, daß unbedingt die Freilassung der beiden Abgeordneten zur Teilnahme an der Sitzung erfolgt.

Vorsitzender: Wollen Sie darüber einen schriftlichen Antrag einreichen?

(Zuruf des Abg.Heckler: Ja !)

Vorsitzender: Dann wollen wir inzwischen mit der Besprechung weiterfahren.

(Zuruf des Abg.Kiefer: Das ist doch heute vormittag beschlossen worden.)

Vorsitzender: Dann darf ich bitten, inzwischen mit der Beratung fortzufahren.

Vorsitzender:

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr.Sender!

Abg. Dr. Sender(SP): Meine Herren! Ich habe im Namen Sozialdemokratischen Fraktion folgende Ausführungen vorzutragen:

Die Sozialdemokratie des Saargebietes hat nie einen Zweifel darüber gelassen, daß das Saargebiet nur dann eine restlose Bereinigung finden kann, wenn die Verständigungs-Bestrebungen in Europa und insbesondere die deutsch-französische Aussöhnung Fortschritte macht. Die Sozialdemokratie ist sich auch immer mehr der Tatsache bewußt gewesen, daß die Lösung dieses wie auch einer Reihe anderer europäischer Probleme-(ich denke an die deutsche Ostgrenze, an die Minderheitsfrage,Danzig, Memel, Eupen-Malmedy)- die historische Aufgabe der europäischen Linksparteien, insbesondere der Vertreter in Deutschland und Frankreich, ist und sein wird. Die Unfähigkeit des Nationalismus und seines Trägers der europäischen Rechten zur Lösung dieser dringlichsten und wesentlichsten Fragen der Nachkriegszeit braucht nicht erst nachgewiesen zu werden. Daß innerhalb der europäischen Linken dabei die Sozialdemokratie allerorts führend vorangegangen ist und daß insbesondere die deutsche Saarbevölkerung wenn sie Hilfe beim Völkerbunde suchte stets in der internationalen Sozialdemokratie ihren Fürsprecher gefunden hat, ist lange genug dargetan worden. Vom Standpunkte der Lösung des Saar-Problems aus müssen wir es zunächst außerordentlich bedauern, daß durch die unklare Politik der Kommunisten in Frankreich, die durch eine Moskauer Parole diktiert wurde, die französische Linke nicht einen entscheidenden Wahlsieg über die Mitte und Rechte erzielen konnte. Daß diese Linke selbst durch ihre Uneinigkeit zur Verschlechterung des Wahlergebnisses wenigstens im ersten Wahlgang beigetragen hat, kann diesen Vorwurf für die Kommunisten nicht abschwächen. Die Kommunistische Internationale hat sich durch ihre Haltung bei den französischen Wahlen einer beispiellosen Schädigung der internationalen Arbeiterschaft und des internationalen Fortschritts zuschulden kommen lassen, die nicht scharf genug gebrandmarkt werden kann.

(Unruhe bei den Kommunisten)

-Glocke des Vorsitzenden-

Den Kommunisten und ihrer Internationale muß die ganze Verantwortung nicht nur für die verschlechterten Aussichten, die sich damit nicht nur für die europäische Verständigung,

<u>sondern</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4 I

sondern auch für jede Verzögerung in der Bereinigung des Saarproblems ergibt, zugeschoben werden, die infolge der Schwächung der französischen Linken durch die Schuld der Kommunisten eintreten sollte und zu befürchten ist. Wir legen besonders Wert darauf, diese Tatsache in der heutigen Hauptsitzung vor der ganzen Saarbevölkerung klarzustellen. Denn meine Herren, es ist natürlich die Schuld der Reaktion - der deutschen wie der französischen-, wenn die unbedingt notwendige Rückkehr des Saargebietes nach Deutschland verzögert wird. Außer der französischen Linken besitzt die Saarbevölkerung in Frankreich keine Freunde. Das trifft aber auch auf die Gesinnungsverwandte der stärksten Partei des Saargebietes, auf die verschiedenen katholischen Richtungen Frankreichs, mit Ausnahme der unbedeutenden Marc Sangier'schen pazifistischen Gruppen zu.

Wir haben die Hoffnung, daß die Reichstagswahlen am 20.Mai trotz der auch hier wieder zu beobachtenden verderbenbringenden Taktik der Kommunisten einen für die baldige Rückführung des Saargebietes nach Deutschland günstigen Ausfall nehmen werde.

Der Völkerbund, unsere oberste Instanz, ist das, was seine Mitglieder aus ihm machen. Man kann nicht erwarten, daß die Vertreter einer Regierung, die im eigenen Lande eine reaktionäre Politik machen, im Völkerbunde als die Apostel des Friedens, der Verständigung und eines gerechten Ausgleichs unter den Völkern auftreten werden. Die Sorge des Völkerbundes für sein Völkerbundsland an der Saar war immer vorbelastet mit den Sorgen der dort maßgeblichen Regierungsvertreter um die Schmerzen des Landes und der Regierung des Saargebietes. Das Saargebiet und seine Politik waren deshalb immer ein Kuhhandelsobjekt zwischen den maßgebenden großen Mächten. Wir haben im Saargebiet dieselbe Erfahrung machen müssen, wie sie das Rheinland machte: Sein und unser Schicksal wurden immer leicht genommen, wenn sich die Sieger des Weltkrieges über ihre größeren Probleme zu einigen versuchten und in der Kompromißmasse Saar= und Rheinland mit ihrem nicht allzu großen Gewicht zum Ausbalanzieren hingeworfen. Wir haben aber aus anderen Gründen stets eine Politik für verfehlt gehalten, die versuchte, den einen unserer ehemaligen Kriegsgegner gegen den anderen auszuspielen. Alle deutsche oder Saarspekulation auf englisch-französischen Gegensatz mußte scheitern und ist immer gescheitert, wenn nicht zufällig englisches mit deutschem Interesse parallel lief. Doch die Freiheit für uns gibt es nur über den Weg der deutsch-französischen Verständigung und auf dieser basierend nur eine europäische Verständigung, deren schöne Frucht nichts anderes sein kann und sein wird, als zurückzukehren zu Deutschland.

Meine

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

Meine Herren! Von diesem Gesichtspunkte ausgehend treten wir auch an die Ernennung des finnischen Mitgliedes, des Herrn Dr. von Ehrnrooth. heran. Wir haben keine Lobeshymnen gesungen wie die bürgerliche Presse. Wir teilen nicht die großen Erwartungen, die die bürgerliche Presse im Gegensatz zur sozialistischen an das Eintreten eines Finnländers in die Regierungskommission geknüpft hat. Damit soll keineswegs ein Urteil über die kommende Amtstätigkeit dieses Herrn gefällt sein. Wer aber innerhalb der europäischen Poltik Bescheid weiß, muß wissen, daß die finnländische Politik im englischen Kielwasser schwimmt und die des Herrn von Ehrnrooths eine Verstärkung der englischen Position bedeutet. Ob aber damit eine solche der deutschen eintritt, muß nachdem,was ich schon ausführte, milde gesagt, abgewartet werden. Wir stehen der Amtstätigkeit dieses neuen Ministers abwartend gegenüber und werden ihn nach seinen Taten und seinem Willen beurteilen.

Wir wollen dabei nicht verschweigen, daß uns die Wahl eines Linksmannes als Mitglied der Regierungskommission an der Saar dienlicher und angebrachter gewesen wäre. Die überwiegende Arbeitnehmerbevölkerung des Saargebietes hätte einen Anspruch darauf gehabt und gerade die durch die Struktur und die Wirtschaftslage unserer Saarheimat bedingten Aufgaben, zu deren Lösung nun einmal die Leute der Linken infolge ihrer ganzen Einstellung sich bis heute als geneigter,brauchbarer und befähigter bewiesen haben, hätten das erwarten lassen können. Indessen, der Völkerbundsrat vom März 1928 hat zwar einen deutschen Vertreter unter seinen ständigen Mitgliedern, ist aber in seiner Beeinflußbarkeit durch die Linke infolge seiner Zusammensetzung nicht mehr der Völkerbundsrat der Zeit Udens und Vandervelde̊s. Wir wollen hier die Frage ununtersucht lassen, inwieweit das deutsche Ratsmitglied, der Deutschvolksparteiler Stresemann eine stärkere Initiative in dieser Richtung hätte entfalten können und wir lassen auch ununtersucht, inwieweit ihm das durch seine eigene politische Einstellung unmöglich gemacht wurde.

Bezüglich der Zusammenarbeit zwischen Regierungskommission und Saarbevölkerung bedauern wir, und mit uns wohl die Mehrheit der Saarpresse, die Tatsache, daß die Pressebesprechungen mit dem Präsidenten der Regierungskommission, die an und für sich eine sehr dankenswerte Einrichtung des neuen Präsidenten der Regierungskommission waren, inzwischen eingestellt worden sind. Die Veranlassung dazu hat bekanntlich ein wenig glücklicher Artikel der " Saarbrücker Landeszeitung" gegeben. Die deutschen Journalisten des Saargebietes nahmen bei diesen Anlässen Gelegenheit, dem Präsidenten freimütig ihre Meinung über die politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Lage an der Saar darzutun. Und selbst, wenn man nicht der

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4 I

Auffassung sein will, daß das Zentrum mit diesem Artikel, der zur Abblasung der Pressebesprechungen führte, eine Isolierung des Präsidenten und sein Angewiesensein auf Informationen allein durch das zentrümliche Mitglied der Regierungskommission herbeiführen wollte, so muß doch diese taktische Unklugheit bedauert werden. (Sie bedauern es auch - zum Zentrum gewandt-).

Wir stehen nicht an, hier nochmals zu erklären, daß über der Fülle der Aufgaben, die der Regierungskommission und ihrem begutachtenden Organ, dem Landesrat, für die Besserung der Verhältnisse an der Saar gestellt sind, das wesentlichste nicht übersehen werden darf, nämlich:

> grundlegende Änderung der unhaltbaren Verhältnisse im Saargebiet, sowohl auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet.

Das kulturelle Gebiet hat das Zentrum meistens vergessen.

- Lachen -

(Zuruf des Abg. Levacher: Bei uns ist alles in Fluß)

Wir haben unsere Forderungen auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiete wiederholt hier schriftlich und mündlich dargetan und mögen darauf verzichten, diese nochmals vorzutragen. Wer sie jetzt noch nicht kennt, dem ist nicht zu helfen. Ich verweise ausdrücklich auf diese unsere Forderungen. Wenn wir aus der Fülle des Notwendigen die unhaltbare Lage der saarländischen Arbeitnehmer herausgreifen, so geschieht das deshalb, weil die Entlassungen im Bergbau und in der Hüttenindustrie, diese ständig eiternde Wunde am saarländischen Volkskörper, noch einmal allen sichtbar aufgezeigt haben. Auch diese Wunde kann erst zu heilen anfangen, wenn die Wirtschaftsverhältnisse des Saargebietes durch Rückgliederung des Saargebietes nach Deutschland grundlegend und mit tiefem sozialen Verständnis geändert werden. Deshalb erheben wir noch einmal an erster Stelle die Forderung:

<u>Rückkauf der Saargruben und Rückkehr zur schwarz-rot-goldenen Republik.</u>

Wir sind, wie Herr Levacher richtig angeführt hat, in die zweite Hälfte der Regierungskunst der Regierungskommission eingetreten. Eine Reihe dringendster Aufgaben blieb ungelöst.

Die

<u>Wohnungsnot</u>

ist nicht beseitigt und Mittel dafür sind <u>nicht</u>

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

nicht locker gemacht worden. Zu wiederholten Malen haben wir die Wege zur restlosen Bereinigung dieses sozialen und ethischen Problems gezeigt. Regierungskommission und bürgerliche Parteien sind uns nicht gefolgt, erblicken vielmehr ihre zukünftige Aufgabe in der Abnagung des mageren Knochens, der " Mieterschutz" heißt. Rgierungskommission, Bergwerksverwaltung und Industrie zeigen sich nicht fähig und gewillt, die saarländische Arbeitnehmerschaft aus ihrer grausamen und katastrophalen Lohnsituation herauszuholen. Dieser Mentalität gegenüber müßte die Arbeitnehmerschaft ihre Reihen durch organisatorische Einheit schließen, statt sich zur Freude ihrer Gegner die Köpfe zu zerschlagen oder gar die Kraft ihrer natürlichen Klassengegner zu stärken. Auf keinem einzigen Gebiete der Politik und Wirtschaft, von der Schule ganz zu schweigen, sehen wir andere Bestrebungen als die einer eigensüchtigen bürgerlichen Klasse.

Die

Sozialversicherung

müßte unter der Leitung eines Ministers, der selbst ein Arbeiter war und niemals ihre Schmerzen vergessen sollte, zu den höchsten Leistungen emporgeklettert sein, statt in einem riesigen Abstand den auch noch zu langsamen Fortschritten im Reiche nachzuhinken.

(Zuruf des Abg. Kiefer: Wenn die anderen vier helfen würden! Auch der Herr Morize!)

Herr Kiefer, wälzen Sie nicht die Schuld einzelner auf alle. Aus der Arbeitnehmerschaft, unterstützt von den bürgerlichen Parteien, schöpft die Regierungskommission Steuern auf Steuern ohne daran zu denken, welche ungeheuere Summen dem Lande durch die steuerliche Bescheidenheit der Nichtarbeiter verlorengehen. Steuern werden gezahlt von den erbärmlichsten Hungerlöhnen der Arbeiter. Über das, was auf diese Weise zusammengescharrt wird, verfügt die Regierungskommission mit absolutistischer Methode, ohne dem Landesrat das Budgetrecht einzuräumen.

Auf dem Gebiete der Schule, meine Herren vom Zentrum mögen sich das merken,

(Zurufe der Linken: Sehr richtig!)

sieht es unter dem klerikalen Regime gerade zu trostlos aus. Sie kennen keine Toleranz, keine Gedankenfreiheit und keine weltliche Schule. Lassen Sie uns die Freiheit, wir lassen Ihnen die Freiheit, die Sie wünschen.

(Zuruf aus dem Zentrum: Gut, dann sind wir einig!)

In

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4

In den Schulen selbst, merken Sie sich diese Klagen, ein sturker Druck auf die Kinder der Sozialisten, Kommunisten und freien Gewerkschaftler.

(Zuruf von der Tribüne: Sehr richtig!)

- Glocke des Vorsitzenden-

Vorsitzender: Ich muß darauf aufmerksam machen, daß jede Beifallskundgebung von der Tribüne aus zu unterbleiben hat.

Abg. Dr. Sender fortfahrend: Eine Schmähung und Zurücksetzung folgt nach der anderen, ausgeübt von einer Reihe von intolleranten Persönlichkeiten des Klerus und ihm ergebener Lehrpersonen.

Ob man den Abbau der Arbeiter erwähnt, ihre Notlage, ihre Lohnlage, die Notwendigkeiten der Notstandsarbeiten, das Zollelend, den Steuerdruck, die Sozialversicherung, überall mit kleinen Abweichungen das gleiche Bild. Es ist höchste Zeit, daß das Saargebiet aus seinem Eilandsdasein befreit wird. Wir haben keine Hoffnung, daß es bis 1935 zu einem irdischen Paradiese umgewandelt sein wird.

Nach der Rückkehr zu Deutschland aber wird sich die organisatorische Kraft der Saararbeiterschaft erhöhen. Sie wird wieder den Beistand ihrer klassenbewußten deutschen Kameraden und ihr kümmerliches Schicksal durch verschärften Kampf wenden.

(Bravo -Rufe der Sozialdemokraten!)

Vorsitzender

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

Abg. Schmelzer(DSV): Meine Herren! Der Redner des Zentrums hat die Forderungen erneut aufgestellt, die im großen und ganzen die Forderungen des gesamten Landesrates sind. Er hat als erster Sprecher gewissermaßen für den ganzen Landesrat gesprochen, und ich stelle fest und behaupte beinahe," der gesamte Landesrat ist mit fast allen seinen Ausführungen und Forderungen einverstanden. Insbesondere ist es natürlich,daß er an die Spitze seiner Ausführungen gestellt hat, das Verlangen nach der Rückkehr zum Reich.

Die Rückkehr zum Reiche

muß aus vielen Gründen,vor allen Dingen aus moralischen Gründen,immer wieder unsere Forderung sein. Ich bitte die jetzigen Machthaber und die europäischen Regierungen, auch zu erwägen,daß das ganze Saarstatut, auf dem unsere Abtrennung beruht, auf Betrug basiert, und es wird nachgerade Zeit, die Folgerungen aus diesem Betrug zu beseitigen. Ich folge aber dem Redner der Sozialdemokratischen Fraktion nicht,wenn er den Ruf erhebt: Rückkehr zur schwarz-rot-goldenen Republik! Wir bekennen uns zu der Forderung, die wir wiederholt aufgestellt haben:

Rückkehr zum Reich,gleichgültig in welcher Staatsform!

(Lachen auf der Linken!) Zum mindestens ist es uns gleichgültig,welches Flaggentuch bei der Rückkehr zum Reich etwa ausgehängt wird.

(Zuruf des Abg.Heckler: Auch wenn es rot ist!)

Ein rotes Flaggentuch wird voraussichtlich nicht ausgehängt werden,nach den Resultaten,die Sie in der letzten Zeit erzielt haben.

(Lachen bei den Kommunisten!)
(Zuruf des Abg.Kiefer: Wir machen Sie schwarz!)

Wenn wir in der Zwischenzeit der Abtrennung eine Forderung erheben, die auch der Redner der Zentrumsfraktion schon erhoben hat, dann ist es die Forderung an die Regierungskommission,sich mehr als bisher ihrer Treuhänderpflicht bewußt zu werden. Wir werden in einer demnächstigen Beratung ausgiebig auf dieses Thema zurückkommen. Ich werde mir erlauben,einzelne Beispiele vorzutragen,die dartun sollen,wie sehr insbesondere das französische Mitglied der Regierungskommission weiter und weiter von dieser Treuhänderpflicht abgekommen ist, was er sich alles auf dem Gebiete geleistet hat, und wie sehr wieder die Überläufer,die schon geglaubt haben,eine Umstellung nötig zu haben,jetzt wieder in das französische Horn blasen,wie sehr sie glauben,daß dieser Zwischenzustand noch länger andauern wird, als man vor einiger Zeit angenommen hat. Wir werden uns später mit Einzelheiten auf diesem Gebiete befassen, heute ist dazu die Gelegenheit nicht. Wir werden aber

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Wir werden aber dann eine deutliche Sprache reden. Wir werden uns auch nicht versagen, die deutsche Delegation des Völkerbundes hinzuweisen auf die Dinge, die hier im Saargebiet passieren, und die nicht zu der notwendigen Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland hinführen, die im Gegenteil geeignet sind, die angebahnte Verständigung in das Gegenteil zu verkehren.

Wenn ich eine Forderung herausgreife gegegüber den Forderungen des Herrn Levacher, dann ist es

die Forderung nach der konfessionellen Schule.

Wir können dem Zentrum auf diesem Gebiete nicht folgen. Nach unserem Parteiprogramm verlangen wir, daß der Zustand der Schule, wie er jetzt hier im Saargebiet besteht, nicht angetastet wird bis zur Rückkehr zum Reich.

Wenn ich dann noch eine Forderung vorbringen darf, oder einige einzelne Forderungen, so ist es zunächst die Forderung, eine allgemeine Forderung, daß die Regierungskommission mehr als bisher

die Gutachten des Landesrates beachtet.

Sie wissen, daß wir Gesetzesvorlagen beraten haben, Vorschläge gemacht und uns bemüht haben, Verbesserungen zu erreichen. Die Regierungskommission ist nicht mit einem Worte, mit einem Gedanken, auf unsere Vorschläge und unsere Gutachten eingegangen. Insbesondere war das der Fall bei der Beratung der Vorlage über die Wohnungszwangswirtschaft. Es besteht auf dem Gebiete nach wie vor der Zustand, daß seit Monaten der Umrechnungsfaktor für die Mieten der gleiche geblieben ist, obwohl die Beisitzer in der Kommission, die diesen Faktor zu bestimmen hat, (die Beisitzer aus der Bevölkerung), der Meinung waren, daß hier Wandel geschaffen werden muß. Die Regierungskommission verhindert das andauernd. Wir sind nicht damit zufrieden, und bringen demnächst Anträge, die die Angelegenheit zum Gegenstande haben.

Dann weise ich auf eine Frage hin, die auch unbedingt den Landesrat hätte beschäftigen müssen. Das ist die Frage des

Steuerabkommens zwischen der Regierungskommission und Frankreich.

Sie wissen, daß über das Steuerabkommen vor einiger Zeit in Paris verhandelt wurde, wenn ich recht unterrichtet worden bin, im Beisein des Herrn Morize und des Herrn Koßmann, und daß eine Anderung dieses Abkommens beschlossen wurde. Es wäre zum mindesten eine Anstandspflicht der Regierungskommission gewesen, wenn sie uns von dem Ergebnis dieses Steuerabkommens Mitteilung gemacht hätte. Unsere Forderungen, daß wir vorher gehört werden sollen, bleiben dadurch natürlich unberührt.

(Zuruf des Staatskommissars Dr. Heim: Das Abkommen ist ratifiziert worden!)

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Ob das Abkommen ratifiziert worden ist oder nicht, ist gleichgültig. Unsere Forderung ist die, daß wir, ehe in die Beratung eingetreten wird, Mitteilung erhalten. Es ist doch schließlich unsere Haut, aus der die Riemen geschnitten werden sollen.

Wenn ich mit einigen Worten noch auf eine Frage eingehen darf, so ist es

<u>die Frage des Luftverkehrs.</u>

Es ist bezeichnend für die Art der Verwaltung des Saargebietes, die verschiedentlich als glänzend hingestellt wurde, die Behandlung dieser Angelegenheit zu verfolgen. Seit Jahr und Tag wird verhandelt, und die Regierungskommission tut auch nicht das Geringste, um sie zum Abschluß zu bringen. Dabei fliegen tagtäglich französische Flieger über das Saargebiet, ohne daß die Regierungskommission bei der französischen Regierung Einspruch erhebt.

Dann möchte ich noch eine Forderung des Herrn Levacher hervorheben, die die-

<u>Verschuldung der Landwirtschaft</u>

zum Gegenstande hat. Meine Herren, Sie wissen, wie sehr die Landwirtschaft des Saargebietes leidet. Es wird wieder so sein, daß nicht die Regierungskommission schließlich die notwendige Hilfe der Landwirtschaft bringt, sondern daß wieder das Reich helfen muß, um der Landwirtschaft des Saargebietes auch nur das nackte Dasein zu sichern.

Zu den Bemerkungen des Redners der Sozialdemokratischen Fraktion über das neue Mitglied der Regierungskommission nur soviel: Es ist nicht richtig, daß die bürgerlichen Parteien dem neuen Mitglied im Voraus Lobeshymnen gesungen, Vorschußlorbeeren gezollt haben, sondern sie haben das Selbstverständliche getan, was jeder anständige Mensch tut, ihn solange als anständig zu betrachten, bis das Gegenteil bewiesen ist. Wir betrachten es als Selbstverständlichkeit, daß das neue Mitglied die Rechte der Saarbevölkerung wahrt, und sich nicht nur richtet nach dem Statut, sondern auch nach dem Geiste dieses Saarstatuts. Wir sehen selbstverständlich seinen Taten entgegen, und werden ihm das Lob späterhin spenden oder versagen, je nachdem es seine Taten verdienen.

Wenn dann noch gesagt worden ist, es sei die Schuld der Reaktion in Deutschland, daß das Saargebiet noch nicht zum Reiche zurückgekehrt sei, so weise ich darauf hin, daß es keine Partei im Reiche gibt, die diese Forderung nicht zu der ihrigen gemacht hätte. Wenn etwa bei den Linksparteien darauf hingewiesen wird, was sie alles getan hätten in Deutschland, was sie auch im Ausland getan hätten, so möchte ich doch dem Herrn Redner der Sozialdemokratischen Fraktion darauf hinweisen, was sein Parteigenosse Boncour auf diesem Gebiete getan hat. Was Herr Boncour getan hat, das genügt

<u>für</u>

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4

für uns.

(Zuruf des Abg.Dr.Sender: Sie haben die Verständigungspolitik im Jahre 1919-1920 gelernt und lernen müssen.)

Meine Herren! Ich möchte weitere Forderungen nicht aufstellen; ich habe Ihnen Ankündigungen gemacht und werde demnächst näher darauf eingehen. Ich möchte Sie hier um etwas anderes bitten,nämlich, einmal zu überlegen, ob es nicht an der Zeit ist, daß wir energischer gegen die französischen Herrschaften in der Regierungskommission vorgehen. Wir haben geglaubt, wenn wir eine Zeit lang einmal diese Dinge zurückstellen würden, käme man dort auch zur Einsicht,weil dann der Vorwand der Aufreizung wegfiele. Es scheint aber so zu sein, daß unsere reservierte Zurückhaltung aufgefaßt wird als eine Zurückstellung,als eine Zurückdämmung unseres Kampfeswillens. Ich kann aber erklären,daß dieser Kampfeswille gegen die Ungerechtigkeit ungebrochen ist und daß wir auch wieder in der Weise dienen können, wie das in der früheren Zeit der Fall war.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Dr. Heim!

Staatskommissar Dr. Heim: Der Herr Abgeordnete Schmelzer hat in seinen Ausführungen in einer Reihe von Fällen der Regierungskommission und auch einem Mitgliede der Regierungskommission Vorwürfe gemacht, die ich hiermit zurückweise.

Abg. Schmelzer(DSV): Darf ich noch einmal um's Wort bitten? Ich möchte ein Beispiel zu meinen Ausführungen anführen!

Vorsitzender: Ihre vom Herrn Staatskommissar bereits zurückgewiesenen Ausführungen sind auch ohnedies mit einem Ordnungsruf zurückzuweisen,weshalb ich Ihnen zu der Angelegenheit das Wort nicht weiter geben kann.

Abg. Schmelzer (DSV): Dann behalte ich mir vor, auf dieses Beispiel in der nächsten Versammlung zurückzukommen. Es handelt sich um die Sanierung der Firma Ehrhardt und Sehmer. Bei den Verhandlungen in dieser Angelegenheit zwischen dem französischen Aufsichtsratsvorsitzenden und dem Mitglied der Regierungskommission,Herrn Morize, hat dieser schriftlich die Bedingung gestellt, daß bei der Sanierung das „Bankhaus Gebr. Röchling" in Saarbrücken nicht beteiligt werden dürfe. Die Regierung wolle - dann der in Schwierigkeit befindlichen Firma mit einer größeren Summe helfen. Diese Stellungnahme gegen Röchling ist eine Schädigung von Saargebietseinwohnern. Die Mitglieder der Regierungskommission sind aber durch das Saarstatut verpflichtet, die Wahrung der Wohlfahrt der Bevölkerung als ihre erste Pflicht zu beobachten. Herr Morize hat somit seine Pflicht als Treuhänder gröblich verletzt.

Vorsitzender:

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Vorsitzender: Inzwischen ist der Antrag der Kommunistischen Partei eingegangen. Ich bringe ihn hiermit zur Verlesung:

"Der Landesrat möge beschließen:

Der Landesrat verlangt einstimmig von der Regierungskommission des Saargebietes, daß sämtlichen Abgeordneten des Landesrates die Immunität eingeräumt wird.

Desweiteren beschließt der Landesrat, die Tagung des Landesrates solange auszusetzen, bis die Freilassung der verhafteten Abgeordneten erfolgt ist."

Wir setzen unsere begonnenen Ausführungen in der Reihenfolge fort und stimmen dann ab.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Reichard!

Abg. Reichard (Dtn.V.P.): Meine Herren! Ich beabsichtige heute nicht, Sie durch längere Ausführungen in Anspruch zu nehmen,.Wenn ich die Ehre habe, heute zum ersten Male in Ihrem Kreise zu verweilen, um das Wort zu nehmen, so darf ich mich darauf beziehen, daß ich seit nahezu einem Vierteljahrhundert im öffentlichen Leben tätig bin und daß es mir dadurch möglich geworden ist, tiefere Einblicke in die Verhältnisse unseres Landes zu tun und in die Notwendigkeiten, die sich daraus ergeben. Ich darf Ihnen aussprechen, daß es mein herzlicher und aufrichtiger Wunsch ist, mit allen Parteien in gemeinschaftlicher und treuer Arbeit zusammenstehen zum Segen unseres Landes.

- Unruhe bei der Linken-

- Glocke des Vorsitzenden -

Wir alle hier können- welcher Partei wir auch angehören-stets einig sein in dem Wunsche, die Wohlfahrt unseres Landes zu fördern und das unsrige dazu zu tun, daß wir möglichst bald wieder frei werden und unserem alten Vaterlande in voller Freiheit und Selbständigkeit zurückgegeben werden.

Auf dem

<u>sozialen Gebiete,</u>

werden Sie, meine Herren, verstehen können, daß mich diese Dinge besonders beschäftigen, weil sie ja auch mit meinem Berufe zu tun haben. Ich habe durchaus Verständnis für die Notwendigkeit, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter nach aller Möglichkeit zu bessern. Dazu werde ich meinen Teil mitarbeiten nach bestem Wissen und Gewissen.

Was die Frage der

<u>Religion</u>

angeht, so werde ich für den konfessionellen Frieden eintreten, den Begriff der Religion eng mit dem Begriff der Duldung verbinden und uns das Wort des alten Preußenkönigs vor Augen halten:" In meinem Staate soll jeder nach seiner Façon selig werden.

Auf Einzelheiten möchte ich heute nicht eingehen, obwohl manches zu sagen wäre. So beschäftigt mich die Frage der

<u>Wohnungsnot</u>

sehr stark. Ich möchte auch da mitarbeiten und Wege zur Gesundung suchen.

<u>Was</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Was die Frage der

Schule

angeht, so bekenne ich mich offen dazu, daß ich ein Freund der konfessionellen Schule bin, weil die Weltanschauung, die religiöse Anschauung des Elternhauses für die Erziehung der Kinder eine große Rolle spielt und dieser Einfluß nicht fehlen darf.

(Zuruf von der Linken: Und wenn die Eltern das Gegenteil wollen ?)

Wenn die Eltern die konfessionelle Schule nicht wollen, so sage ich ganz offen, daß der Wille des Elternhauses respektiert werden muß. Das ist ein Gesichtspunkt, der in der Frage der Kindererziehung nicht beiseite gestellt werden darf.

(Zurufe: Sehr richtig!)

Meine Herren! Es ist vorhin von Herrn Minister Ehrnrooth gesprochen worden. Da darf ich mich dem anschließen, was Herr Abgeordneter Schmelzer gesagt hat. Wir haben das Vertrauen zu ihm, daß er in objektiver Würdigung unserer Lage mithelfen wird, unsere Verhältnisse zu bessern und werden unser Vertrauen zu ihm einstellen nach dem, was er uns leisten wird.

Im übrigen beschränke ich mich heute auf diese kurzen Bemerkungen.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Backes!

Abg. Bäckes (Chr.SP): Meine Herren! Ich glaube, wir alle wollen einstehen für die Rechte und Pflichten der Bevölkerung insbesondere der notleidenden Arbeiterschaft. Ich will heute keine großen Wahlprogramme hören, denn davon habe ich die Ohren noch voll. Wir werden sehen, was zu machen ist.

- Lachen -

Vorsitzender:

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmoll!

Abg. Schmoll (DWP): Meine Herren! Die Wirtschaftspartei und ihre Vorgängerin, die Vereinigung von Hausbesitz und Landwirtschaft, hat nie einen Zweifel darüber gelassen, daß sie auf einwandfreiem deutschem Standpunkt steht. Sie wird auch fernerhin alles unterstützen, was den Anschluß an das Deutsche Reich beschleunigt. Ich habe in dieser Beziehung schon vor Jahren längere Erklärungen hier abgegeben und habe heute diesen nichts hinzuzufügen. Ich versage es mir, nochmals darauf einzugehen. Es ist trotzdem gegen die Vereinigung von Hausbesitz und Landwirtschaft mit Mitteln gekämpft worden, die nicht schön waren. So hat ein Herr in diesem Hause behauptet, ich wollte Franzose werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Sender: Wenn Herr Röchling kommt, wird er es wieder zu Ihnen sagen. Nennen Sie doch den Namen !)

Im amtlichen Stenogramm ist darüber nicht alles enthalten. Das, was Herr Röchling gesagt hat, ... steht darin, aber meine Erwiderung fehlt. Ich bin nicht etwa der Meinung, daß das absichtlich geschehen ist. Der Herr Vorsitzende ist der Sache nachgegangen. Er konnte die Angelegenheit aber auch nicht aufklären. Ich lege auch auf eine Aufklärung keinen Wert mehr. Es genügt mir heute festzustellen, daß ich den Röchling'schen Anwurf als eine niederträchtige Unterstellung nachdrücklichst zurückgewiesen habe. Damit ist die Sache für mich erledigt.

Was wir von der Regierungskommission verlangen, ist

<u>ein besserer Einblick in die Finanzwirtschaft der Regierungskommission.</u>

Es geht nicht an, daß uns die Regierungskommission den Einblick in die finanzielle Lage vorenthält. Wir verlangen weiter

<u>sparsamste Wirtschaft</u> und

<u>Abbau des allzustark angeschwollenen Beamtenapparates.</u>

Ferner

<u>steuerliche Entlastung des Mittelstandes</u>

insbesondere

<u>steuerliche Entlastung der Landwirtschaft</u>.

Ich habe in diesem Hause vor Jahren darauf aufmerksam gemacht, daß die Landwirtschaft die Steuer nicht tragen kann, die man ihr zumutet.

<u>Ganz</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4 I

Ganz besonders schlimm sind die Finanzämter hinter den Landwirten her.

Was für die Landwirtschaft beansprucht wird, muß auch für

das Gewerbe

verlangt werden. Wir fordern, daß die Gewerbesteuer einer Revision unterzogen wird. Das Gewerbe muß entlastet werden. Was wir ferner mit allem Nachdruck verlangen, ist

die Beseitigung der Zwangswirtschaft auf dem Wohnungsmarkt.

Es geht nicht länger an, daß die Mieten niedrig gehalten werden, sondern dem Hausbesitzer müssen sein Recht und seine Einnahmen wiedergegeben werden. Letzten Endes hat nicht etwa der Arbeiter oder sonst ein Angehöriger des Mittelstandes den Vorteil der Wohnungszwangswirtschaft, sondern den Hauptvorteil hat der größte Arbeitgeber des Saargebietes, der Besitzer der Gruben. Millionen und Abermillionen werden nach Frankreich abgeschleppt auf Kosten der Saarländer und besonders auf Kosten der Hausbesitzer. Wenn eine höhere Miete bezahlt wird, steigt die Indexzahl und mit dieser steigt der Lohn.

(unverständliche Zwischenrufe!)

Bei Lohnverhandlungen machen Sie (zur Linken gewandt) die Indexzahl immer zur Basis der Verhandlungen, wenn Sie auf Grund der Indexzahl mehr beanspruchen können. Das mit vollem Recht. Und Sie werden auch heute nicht zu einer Lohnerhöhung kommen, wenn die Indexzahl nicht steigt. Tun Sie, was ich vorschlage, dann gibt es auch Frieden zwischen Hausbesitzern und Mietern. Sehen Sie sich die Gemeinden an, die von der Zwangswirtschaft befreit sind. Dort lebt man in schönster Harmonie. Wir haben nicht gehört, daß Mietwucher dort getrieben worden ist, im Gegenteil, dort herrscht Ordnung und Frieden. Einzelfälle kann man ohnedies nicht verallgemeinern.

(Zurufe der Linken; die unverständlich bleiben!)

Sie sagen immer in Wahlversammlungen, daß Sie keinen Einfluß auf die Mietgestaltung hätten. Herr Schmelzer hat eben schon festgestellt, daß Sie einen Vertreter in der Mietpreisfestsetzungskommission haben.

Ein Gebiet möchte ich noch streifen, es ist dies das Gebiet

der Schule.

Meine Partei erkennt die konfessionelle Schule an.

Sie

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4 I

Sie fordert aber das Elternrecht, nachdem die Eltern die Schule für ihre Kinder wählen dürfen, die ihnen zusagt. Wir stehen also auf dem Standpunkt der konfessionellen Schule und betonen dies besonders, weil das Zentrum in der Wahlbewegung bisweilen das Gegenteil behauptete. Dabei wollen wir aber auch, weil wir das Selbstbestimmungsrecht der Eltern hoch halten, den Forderungen der Sozialdemokratie gerecht werden.

Im übrigen verlangen wir in Übereinstimmung mit den übrigen Parteien, daß die Rechte des Landesrates weiter ausgebaut werden. Ich glaube, daß, wenn eine Erweiterung der Rechte zugestanden wird, das Verhältnis zwischen Landesrat und Regierungskommission harmonischer wird, als es unter den gegebenen Verhältnissen ist und sein kann.

Vorsitzender:

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4 1

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Albrecht!

Abg. Albrecht (Z): Meine Herren! Im Auftrage des Landesrates habe ich eine Anfrage an die Regierungskommission betr. Lohnbewegung in der Schwerindustrie bekanntzugeben:

" " Am 4.November 1927 erklärte die Regierungskommission den vom amtlichen Schlichtungsausschuß des Saargebietes für die Schwerindustrie gefällten Schiedsspruch für verbindlich. Seine Laufzeit endigt mit dem 31.Mai ds.Js. Mittlerweile sind erhebliche Veränderungen in der Schwerindustrie zu Gunsten der Werke und zu Ungunsten der Arbeiter eingetrten. Infolgedessen haben die zuständigen Gewerkschaften eine Lohnerhöhung gefordert. In den inzwischen stattgefundenen Verhandlungen zwischen Vertretern des Arbeitgeberverbandes und der Gewerkschaften haben darum den Schlichtungsausschuß erneut angerufen, der noch keinen Spruch gefällt hat.

Wir fragen hiermit die Regierungskommission, was sie nunmehr zu tun gedenkt, um dem Sinn ihrer Entscheidung vom 4.November 1927 auch jetzt Geltung zu verschaffen und die berechtigten Wünsche der Hütten=und Metallarbeiter zu unterstützen.

Weiter fragen wir sie, was sie zu tun gedenkt, um die Entlassungsmaßnahmen, die insbesondere auf der Brebacher Hütte in Anwendung kamen, zu verhindern? "

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Petri!

Abg. Petri (SP): Herr Schmelzer und Herr Schmoll haben die Behauptung aufgestellt, unser Vertreter hätte in der Mietpreisbildungskommission für höhere Mietsätze gestimmt. Ich habe festgestellt, daß das nicht stimmt, sondern daß er gefordert hat, daß die alten Sätze bestehen bleiben sollen, da gerade die Krisis in der Industrie und der Abbau auf den Gruben eingetreten ist.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Daub!

Abg. Daub(KP): Meine Herren! Sie haben anfangs, als die Beratung begann, erklärt, daß der Landesrat nicht in die Beratung eintreten wolle. Wir haben uns nur bereit erklärt, die Wahl des Präsidiums mitzumachen. Überunseren Antrag werden wir in der nächsten Sitzung noch einmal Stellung nehmen.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

Abg. Schmelzer(DSV): Meine Herren! Die Anfrage des Zentrums ist uns heute morgen erst zugegangen. Ich möchte bitten, daß die Gepflogenheit, solche Sachen den Parteien rechtzeitig zuzustellen, beibehalten wird. Ich weiß nicht, ob der Satz zutrifft, "daß Veränderungen zu Gunsten der Unternehmer vor sich gegangen sind." Die Tendenz des Antrages unterstützen wir.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Levacher!

Abg. Levacher (Z): Wir haben heute morgen in der Vorbesprechung erklärt, daß wir die Anfrage nicht abgeben werden, wenn eine Fraktion dagegen ist.

Vorsitzender: Die Aussprache ist dann geschlossen. Wir kommen dann zur Abstimmung über den Kommunistischen Antrag. Der Antrag lautet:

Abs.1.: Der Landesrat verlangt einstimmig von der Regierungskommission des Saargebietes, daß sämtlichen Abgeordneten des Landesrates die Immunität eingeräumt wird.

Das Wort hierzu hat Herr Abgeordneter Levacher!

Abg. Levacher(Z): Meine Herren! Wir haben uns in der Vorbesprechung darüber geeinigt, daß erst die Antwort der Regierungskommission über den Absatz 1 des Antrages abgewartet werden soll und können deshalb dem Absatz 2 nicht zustimmen.

Vorsitzender:

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4

Vorsitzender: Wer für den Absatz 1 ist,möge die Hand erheben. - Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Der Absatz 2 lautet:

"Desweiteren beschließt der Landesrat, die Tagung des Landesrates solange auszusetzen, bis die Freilassung des verhafteten Abgeordneten erfolgt ist."

Dafür stimmen die Kommunisten und Sozialdemokraten.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Heckler!

Abg. Heckler (KP): Meine Herren! Ich möchte daran erinnern, daß die Fraktionen sich in der Fraktionsführerbesprechung einig waren, daß dieser Antrag abgegeben wird und Sie haben sich verpflichtet, zuzustimmen.

Ich möchte weiter dazu betonen und muß feststellen, daß den Verurteilten das politische Regime nicht zugesichert wird. Der Herr Staatskommissar Dr. Heim hat in einer Sitzung zugesagt, daß das politische Regime eingeführt werden soll.

(Zuruf des Staatskommissars:Nur für politische Vergehen!)

Sind das keine politischen Vergehen?

(Zuruf des Staatskommissars: Darüber bestimmt die Justizverwaltung!)

Wir verlangen, daß für die Verurteilten das politische Regime eingeführt wird.

Vorsitzender: Herr Heckler, wenn Sie diesen Antrag einbringen wollen, bitte ich, ihn schriftlich einzureichen.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kiefer!

Abg. Kiefer (Z): Meine Herren! Kurz zur Aufklärung! Es stimmt nicht, was Herr Heckler dargelegt hat.Wir haben vielmehr beschlossen,der Landesrat beauftragt das Präsidium, bei der Regierungskommission vorstellig zu werden und ihr den einstimmigen Wunsch des Landesrates um sofortige Freilassung der inhaftierten Abgeordneten zu unterbreiten. Dann kommt weiter, das Präsidium erstattet dem Landesrat Bericht über die Antwort der Regierungskommission und dann erst treten wir zusammen und beraten über die neue Sachlage.

(Zuruf der Kommunisten: Seid Ihr nicht für die Freilassung?)

Wenn die Regierungskommission erklärt, wir können nichts tun, treten wir ja zusammen. Die Regierungskommission hat gesagt, wir wollen abwarten,was der Landesrat tut. Warten wir also doch ab,was die

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

die Regierungskommission sagt und stellen wir keine unklugen Anfragen, die sicher nicht im Interesse der inhaftierten Abgeordneten liegen.

Vorsitzender: Meine Herren! Es liegt offenkundig nur an der Formulierung des 2.Absatzes. Wir haben tatsächlich, wie Herr Kiefer sagte, beschlossen, daß nicht in die Beratung irgendwelcher Gegenstände der Tagesordnung eingetreten wird,mit Ausnahme der Bildung des Vorstandes,bis die Regierungskommission zu unserem Antrage Stellung genommen hat. Infolgedessen ist es auch tatsächlich nicht angängig, in dem Antrag zu sagen:

> "Desweiteren beschließt der Landesrat,die Tagesordnung solange auszusetzen,bis die Freilassung der Verhafteten erfolgt ist,"

sondern die Hauptsache und das erste ist zunächst eine Auserung der Regierungskommission überhaupt zu unserem Antrage. Dann wird es sich nachher fragen, wie der Landesrat zu dieser Stellungnahme der Regierungskommission selber eine Stellungnahme einrichtet.

Abg. Weiß(KP): Ich kann Sie nicht verstehen,wie Sie sich heute morgen in der ersten Sitzung des Landesrates dranstellen.

Abg. Kiefer (Z): Sie sind noch am Lernen.

Abg. Weiß(KP): Wir haben Sie schon kennen gelernt.

Abg. Kiefer(Z): Wenn man gleich schon so aufgeblasen kommt und tut wie Sie, das ist nicht gut.

Abg. Weiß(KP): Wir werden uns schon noch besser kennen lernen. Sie werden schon auf Ihre Rechnung kommen.

Abg. Kiefer(Z): Immer sachlich bleiben.

Abg. Weiß(KP): Auf der einen Seite verlangen Sie die Immunität der Abgeordneten, und auf der anderen Seite sind Sie dagegen.

Abg. Kiefer (Z): Sie scheinen Gedankenleser zu sein.

Abg. Weiß(KP): Wenn Sie im ersten Satz die Immunität für die Abgeordneten verlangen, dann müssen Sie im zweiten Satz verlangen, die Abgeordneten auch freizulassen. Sie brauchen hier wirklich nicht zu tun, als ob es Ihnen mit der Freilassung ehrlich gemeint sei. Sie unterscheiden sich wenig von Ihren Genossen im Reich.

Abg.Kiefer(Z): Unterscheiden wir uns doch !

<u>Abg. Weiß!</u>

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4 I

Abg. Weiß(KP): Jedenfalls ist das unser gutes Recht. Wir erinnern daran, daß Sie früher, Reinhard ist ja nicht das erste Mal verhaftet, einstimmig für den Antrag gestimmt haben.

Abg. Kiefer (Z): Das tun wir doch auch heute.

Abg. Weiß(KP): Das tun Sie heute eben nicht. Heute machen Sie das Gegenteil. Sie wollen wohl nach außen hin zeigen, daß es Ihnen ernst ist mit der Freilassung der Abgeordneten. In Wirklichkeit tragen Sie dazu bei, daß die Verhafteten nicht herauskommen.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr.Sender!

Abg. Dr. Sender(SP): Meine Herren! Es scheint doch so, daß die Mißverständnisse zwischen den bürgerlichen Parteien und der kommunistischen Partei auf diesem Wege nicht geklärt werden können. Wir stimmen von Seiten unserer Partei durchaus ohne jeden Vorbehalt dem Antrage der Kommunistischen Partei zu. Ich möchte aber doch der kommunistischen Partei jetzt bei diesem Moment den Rat erteilen, zunächst von einem Ultimatum in diesem Antrage abzusehen. Das ist nicht geschickt. Auf der anderen Seite aber wäre es selbstverständlich ein Akt mangelnder Vorsicht der kommunistischen Fraktion, wenn sie sich darauf verließe, daß wir bald wieder zusammenkommen. Den Zeitpunkt der nächsten Vollversammlung kann man nicht voraussehen. Aus diesem Grunde schlage ich einen Weg vor, den alle Parteien annehmen können. Wir sind bereit, Schluß zu machen und das Präsidium zu beauftragen, zu dem Präsidenten der Regierungskommission zu gehen. Wir werden dann heute nachmittag um 3 Uhr uns hier wieder treffen und hören, was die Regierungskommission bezw. der Präsident der Regierungskommission dem Präsidium für eine Antwort mitgegeben hat. Wir werden dann beschließen, was zu tun und zu lassen ist.

Vorsitzender: Das wird natürlich in dieser Form technisch nicht durchzuführen sein, Herr Dr. Sender, sondern die Regierungskommission beschließt in dieser Angelegenheit, und wird natürlich nicht zusammengerufen werden.

Abg. Kiefer (Z): Ich bitte, die erste Fassung vorzulesen.

Vorsitzender: Absatz 1 lautet:

" Der Landesrat verlangt einstimmig von der Regierungskommission des Saargebietes, daß sämtlichen Abgeordneten des Landesrates die Immunität eingeräumt wird."

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4

Abg. Kiefer(Z): Die Formulierung des 2.Absatzes fassen wir so:

"Der Landesrat ersucht die Regierungskommission um sofortige Freilassung der inhaftierten Abgeordneten."

Das dürfte genügen und nacher nehmen wir Stellung zur Antwort der Regierungskommission.

(Zuruf Dr. Sender: Wann nehmen wir Stellung?)

Wenn das Plenum wieder zusammentritt.

(Zuruf Dr.Sender: Wir können nicht wissen, wann das ist.)

Abg.Dr.Sender(SP): Wenn es sich um das Schicksal von 2 Kollegen aus dem Landesrat handelt, dann muß man objektiv sein. Es ist ganz gleichgültig,welcher Fraktion die beiden verhafteten Abgeordneten angehören. Hier muß man die Konsequenzen ziehen.

(Zuruf des Abg.Kiefer: Das tun wir auch!)

Es geht nicht an, daß die beiden Verhafteten länger als nötig in der Haft bleiben. Infolgedessen opfern wir die Zeit, und Sie auch. Wir warten,wenn Sie es wünschen, jetzt gleich hier im Saale bis zur Rückkehr der Kommission. Wir sind auch bereit,heute nachmittag wieder hierher zu kommen. Es liegt nur an Ihrem guten Willen. Wir sind auch bereit,wenn mal irgend ein bürgerlicher Abgeordneter verhaftet werden sollte, das Gleiche zu tun.

Staatskommissar Dr. Heim: Die Antwort, die die Regierungskommission auf den Antrag betr. der Haftentlassung gegeben hat, hat doch ihren Grund in einem Beschluß der Gesamtregierung. Infolgedessen kann die Antwort auch nur wieder durch einen Beschluß der Gesamtregierung gegeben werden an einem ihrer Sitzungstage.

(Zuruf des Abg.Weiß: Ist denn die Regierungskommission nicht da an einem Sitzungstage des Landesrates.

Vorsitzender: Wir können die Debatte hierüber schließen.

(Zuruf Dr.Sender: Über diesen Antrag ist noch nicht abgestimmt!)

Vorsitzender: Der Antrag des Abg. Kiefer ist der weitgehendste.

(Zuruf Dr.Sender: Das stimmt nicht!)

Das Wort hat Herr Abg. Schmoll!

<u>Abg. Schmoll!</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

Abg. Schmoll(DWP): Meine Herren! Ich möchte nicht die Meinung aufkommen lassen, die von der Linken offenbar vertreten wird, als ob die bürgerlichen Parteien bei der interfraktionellen Besprechung den Standpunkt vertreten hätten, daß die gewählten Landesratsabgeordneten nicht freigelassen werden sollten. Das Resultat unserer Absprache war, - Herr Heckler, Sie erinnern sich wohl-, ich habe den Vorschlag gemacht, daß wir als Punkt 1 verlangen, daß die verhafteten Abgeordneten sofort freigelassen werden, und als Punkt 2 fügten wir an, das generelle Verlangen auf Haftentlassung von Landesratsabgeordneten. Ich habe aus den Ausführungen des Herrn Dr.Sender entnommen,als ob uns der Vorwurf gemacht wird, daß wir nicht für die Freilassung der Verhafteten wären. Wir waren uns in der Besprechung vollkommen einig,daß zunächst die Verhafteten freigelassen werden müssen, und daß dann das Verlangen nach Freilassung irgend eines Abgeordneten,der einmal verhaftet werden kann,gestellt werden muß.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

Abg. Schmelzer(DSV): Ich halte es auch für bedenklich, wenn die Haftentlassung soweit hinausgeschoben wird, bis die Regierungskommission wieder zusammentritt. Denn das kann unter Umständen lange dauern. Wenn mir die Rechtslage im Gedächtnis ist, ist die Sache so, daß alle Beratungen des Landesrates ungültig sind, wenn ein Abgeordneter an der Abgabe seines Gutachtens verhindert wird. Sie können dies aufklären,Herr Staatskommissar. Meines Wissens ist es so, daß ein Abgeordneter das Recht hat,sein Gutachten abzugeben. Ich möchte das Präsidium,das vorstellig wird, bitten, den Herrn Präsidenten zu veranlassen,- es kann das ja geschehen,ohne daß eine formelle Sitzung anberaumt wird,für schleunige Haftentlassung der beiden Abgeordneten Sorge tragen zu wollen.

Vorsitzender: Meine Herren! Mit der Fortsetzung der Debatte verzögern wir die Angelegenheit.
Das Wort hat Herr Abg. Daub!

Abg. Daub(KP): Ich möchte feststellen, daß die Regierungskommission gestern getagt hat und die Freilassung des Abgeordneten Reinhard in dieser Versammlung verweigerte.

Vorsitzender: Nein, das stimmt nicht !

(Unruhe)

(Glocke des Vorsitzenden)

Es

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

162

Es liegen zwei Anträge vor. Der erste Antrag bezüglich der Immunität der Abgeordneten ist einstimmig angenommen. Der zweite Antrag bezüglich der Haftentlassung der Abgeordneten lautet:

> "Desweiteren beschließt der Landesrat die Tagung des Landesrates solange auszusetzen, bis die Freilassung der verhafteten Abgeordneten erfolgt ist."

Der Antrag des Abgeordneten Kiefer lautet:

> Der Landesrat ersucht die Regierungskommission um sofortige Freilassung der inhaftierten Abgeordneten."

Abg. Dr.Sender(SP): Ich stelle im Namen meiner Fraktion noch folgenden Antrag:

> " Der Landesrat wolle seine Sitzung bis heute Nachmittag 3 Uhr aussetzen,um das Resultat der Verhandlungen des Präsidiums mit der Regierungskommission zu erwarten."

Vorsitzender: Ich halte es für zwecklos, die Sitzung bis heute mittag auszusetzen. Ich werde dafür sorgen, daß die Antwort der Regierungskommission sobald sie vorliegt, den Mitgliedern telegraphisch bekannt gegeben wird.
Wer dafür ist möge die Hand erheben.
Sie sind damit einverstanden!
Ich schließe die Sitzung.(11 Uhr vorm.)

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4